

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Kornelia Möller, Katja Kipping, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/4774 –**

**zu der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Kornelia Möller, Katja Kipping, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksachen 16/2211, 16/4210 –**

Resultate und gesellschaftliche Auswirkungen der Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – Hartz-Gesetze –, insbesondere von Hartz IV

A. Problem

Die Wirkungen der Hartz-Gesetze sind Sozialabbau, soziale Ausgrenzung sowie die Ausweitung des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Für viele Betroffene und ihre Familien bedeuten sie „Armut per Gesetz“.

B. Lösung

Abkehr von der Politik der Erhöhung des Drucks auf Erwerbslose und Beschäftigte und der Ausweitung des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigung. Die Bundesregierung wird aufgefordert, stattdessen endlich eine wirksame Strategie zur Bekämpfung von Armut und Massenarbeitslosigkeit zu entwickeln und umzusetzen. Dazu müssen effektive Maßnahmen eines Beschäftigungsaufbaus durch eine andere Wirtschafts- und Finanzpolitik, eine neue Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik mit einer grundlegenden Reform der sozialen Sicherung für Langzeiterwerbslose kombiniert werden.

Ablehnung des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/4774 abzulehnen.

Berlin, den 25. April 2007

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Vorsitzender

Karl Schiewerling
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Karl Schiewerling

I. Überweisung und Voten der mitberatenden Ausschüsse

1. Überweisung

Der Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/4774** zu der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/4210** wurde in der 88. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. März 2007 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss**, der **Rechtsausschuss**, der **Finanzausschuss**, der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** und der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/4774 in ihren Sitzungen am 25. April 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In ihrem Entschließungsantrag zu der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. stellt die Fraktion fest, dass die Wirkungen der Hartz-Gesetze Sozialabbau, soziale Ausgrenzung sowie Ausweitung des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigungsverhältnisse seien. Es handele sich um ein „gigantisches Umverteilungsprogramm“, das für viele Betroffene und ihre Familien „Armut per Gesetz“ bedeute. Die Bundesregierung scheine aber zu einer soliden und kritischen Bestandsaufnahme der Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre weder willens noch in der Lage zu sein. Sie wird daher aufgefordert, statt den Druck auf Erwerbslose und Beschäftigte weiter zu erhöhen und den Niedriglohnsektor sowie prekäre Beschäftigungsverhältnisse auszuweiten, endlich eine wirksame Strategie zur Bekämpfung von Armut und Massenarbeitslosigkeit zu entwickeln und umzusetzen. Dazu müssten effektive Maßnahmen eines Beschäftigungsaufbaus durch eine andere Wirtschafts- und Finanzpolitik, eine neue Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik mit einer grundlegenden Reform der sozialen Sicherung der Langzeiterwerbslosen kombiniert werden. Da nicht der fehlende Wille der Erwerbslosen die Arbeitslosigkeit verursache, sondern die fehlenden Arbeitsplätze, müsse eine in sich schlüssige Beschäftigungsstrategie zur Steigerung der Nachfrage nach Arbeit eingeleitet werden, die mindestens die Eckpunkte umfasse: Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen, Arbeitszeitverkürzung und Überstundenabbau, Auflegung eines öffentlichen Zukunftsinvestitionsprogramms, Zuwächse der Masseneinkommen, höhere Besteuerung von Vermögen, hohen Einkommen und Gewinnen, Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von

8 Euro pro Stunde, weitere Maßnahmen gegen die Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse wie etwa Abschaffung der Privilegierung von Mini- und Midi-Jobs oder Einschränkung von Befristungsmöglichkeiten und Stärkung des Kündigungsschutzes. In der Arbeitsmarktpolitik müsse eine Wende eingeleitet werden, um Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken und gleichzeitig qualitativ hochwertige Maßnahmen und Arbeit zu fördern. Vorrangig seien eine Ausweitung und neue Qualität öffentlich finanzierter Beschäftigung notwendig, die Einleitung eines Paradigmenwechsels in der beruflichen Weiterbildung, die Verbesserung der Beschäftigungschancen von Älteren, Frauen, Migranten, Menschen mit Behinderungen, Alleinerziehenden sowie Jugendlichen ohne Ausbildung. Schließlich müsse für diejenigen, die trotz Beschäftigungsstrategie und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen keinen Zugang zum Arbeitsmarkt hätten oder längerfristig erwerbslos seien, ein ausreichender sozialer Schutz gewährleistet werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die entsprechende Drucksache verwiesen.

III. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Beratung der Vorlage in seiner 48. Sitzung am 25. April 2007 aufgenommen und abgeschlossen.

Im Ergebnis der Beratungen hat der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 16/4774 zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** äußerte, sie nehme die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zustimmend zur Kenntnis.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass die Fraktion DIE LINKE. mit der Antwort auf die Große Anfrage nicht zufrieden sein könne, weil eigene Vorurteile keine Bestätigung fänden, die man durch die Anfrage habe erhalten wollen. Der Umgang mit der Thematik verdiene mehr Sachlichkeit, als sie der vorgelegte Entschließungsantrag erkennen lasse. Dem Antrag fehle eine sachorientierte Auseinandersetzung mit dem Thema und er propagiere alten Wein in alten Schläuchen. Erfolge nehme man offensichtlich nicht zur Kenntnis. Man übersehe, dass die Grundsicherung für Arbeitsuchende auf Aktivierung und Unterstützung der Arbeitssuchenden ausgerichtet sei.

Die **Fraktion der FDP** verzichtete auf eine Wortmeldung.

Die **Fraktion DIE LINKE.** begründete die Vorlage ihres Antrags damit, dass die Antwort der Bundesregierung deutlich gemacht habe, dass sie keine gesicherten Angaben zu Resultaten und Auswirkungen der Hartz-Gesetze machen könne. So habe die Bundesregierung die Frage, ob Hartz IV verstärkt zu Armut geführt habe, mit dem Hinweis beantwortet, dass es dazu angeblich keine Daten gebe. Man habe daher den sorgfältig erarbeiteten, umfassenden Entschlie-

Bungsantrag vorgelegt, um einen Mangel zu heilen, den die Bundesregierung selber verursacht habe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** machte deutlich, dass sie von den Antworten der Bundesregierung ebenfalls enttäuscht sei. Dies gelte insbesondere dort, wo es um die zukünftige Entwicklung gegangen sei und wo nur auf die Ergebnisse der Koalitionsarbeitsgruppe verwiesen worden sei, die aber bislang auf sich warten ließen. Die im Entschließungsantrag vorgeschlagenen Instrumente und Wege gingen allerdings am Ziel vorbei, so dass der Antrag abgelehnt werde.

Berlin, den 25. April 2007

Karl Schiewerling
Berichtersteller